

11/01/2015 |

Weltkrieg, Erster

Nach einer Reihe von krisenhaften Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Grossmächten Europas löste die Ermordung des österr. Thronfolgers in Sarajewo am 28. Juni 1914 den Ersten W. aus, der auch ein weiteres Kapitel der dt.-franz. Konfrontation darstellte. Die ab dem Ende des 19. Jh. abgeschlossenen Bündnisse hatten zur Folge, dass Österreich und Deutschland (Mittelmächte) innerhalb weniger Tage (1.-4. August) im Krieg mit den Alliierten (in der Reihenfolge ihres Eintritts in den Krieg: Serbien, Russland, Frankreich, England und Montenegro) standen. Zu den Mittelmächten stiessen 1914 die Türkei und 1915 Bulgarien, zu den Alliierten 1915 Italien und 1917 die Vereinigten Staaten. In der Schweiz wurde am 1.8.1914 die allg. Mobilmachung verkündet.

Über die Kolonien der Grossmächte weitete sich der Konflikt zum Ersten W. aus, doch die wichtigsten Kampfhandlungen fanden in Europa statt. Für die Schweiz gab die von Dez. 1914 bis Sommer 1918 im Grabenkrieg erstarbte Front in Frankreich (Jura) am meisten Anlass zur Besorgnis, doch auch die ital. Front erforderte eine Grenzbesetzung, v.a. im Unterengadin. Es hätte ein kurzer Krieg werden sollen, aber er dauerte bis zum Nov. 1918; am 11.11. wurde der letzte Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen. Der Erste W. führte zu enormen Verlusten an Menschenleben (8,5 Mio. Tote), zur [Russischen Revolution](#) von 1917 (gefolgt vom dt.-russ. Separatfrieden von Brest-Litowsk im März 1918), zum Sturz der Habsburger und der Hohenzollern (1918), zur Verschuldung Europas und zur vollständigen Veränderung der polit. Karte Zentraleuropas. Die Bemühungen, die strittigen Punkte zwischen den Kriegsparteien durch verschiedene, während oder nach der Friedenskonferenz von 1919 unterzeichnete Friedensverträge aus der Welt zu schaffen, scheiterten. Immerhin gelang es dem [Völkerbund](#), während einiger Jahre dem sog. Geist von Genf Nachdruck zu verschaffen.

Zwar blieb die Schweiz von militär. Angriffen verschont, doch war sie von der Länge des Kriegs und insbesondere von der Blockade der Alliierten und den daraus resultierenden wirtschaftl. Schwierigkeiten betroffen. Dazu kam die massive Ausweitung des Militärbudgets. Trotzdem konnte sich die Schweiz in dieser Zeit als [Finanzplatz](#) entwickeln. Die Bevölkerung war entlang der Sprachregion gespalten: Während die Deutschschweizer mehrheitlich mit den Mittelmächten sympathisierten, standen die Westschweizer zu grossen Teilen auf Seiten der Alliierten. Die sozialen Probleme kulminierten im [Landesstreik](#) von 1918, der zum Ende der Hegemonie des Freisinns führte. Während des Konflikts bemühte sich die Eidgenossenschaft, ihre seit Beginn des 20. Jh. betriebene Politik der [Neutralität](#) und der [Guten Dienste](#) weiterzuführen ([Haager Konventionen](#)).

Autorin/Autor: Redaktion / AHB

1 - Militärische Lage

1.1 - Kriegsvorbereitungen

Der Kriegsausbruch im Aug. 1914 traf die Schweiz nicht unvorbereitet. Die Militärorganisation von 1907 hatte eine Verbesserung der Ausbildung und eine Verstärkung der [Rüstung](#) bewirkt; die Truppenordnung von 1911 hatte eine Neuorganisation der [Armee](#) in sechs verstärkte Auszugsdivisionen als operative Einheiten (Divisionsbestand 25'000-28'500 Mann) und weitere Formationen der Landwehr und des Landsturms zur Folge. Der Gesamtbestand der aktiven Feldarmee betrug ca. 250'000 Mann sowie 77'000 Pferde und Maulesel. Dazu kamen rund 200'000 Mann des Hilfsdienstes. Die Wehranstrengungen der Schweiz wurden von den ausländ. Generalstäben aufmerksam verfolgt, da die Schweiz in ihren Operationsplänen eine wichtige Rolle spielte, u.a. im dt. Schlieffen- bzw. Moltkeplan. Jedoch wurde in Frankreich die enge Anlehnung der

Schweiz an Deutschland bei der Truppenorganisation, wie sie u.a. bei den sog. Kaisermanövern 1912 zum Ausdruck gekommen war, argwöhnisch beobachtet.

Die Bündnisfrage im Verteidigungsfall wurde in den polit. und militär. Führungskreisen diskutiert. In der Tradition seiner Vorgänger erarbeitete der Chef der Generalstabsabteilung Theophil Sprecher von Bernegg in Absprache mit dem Bundesrat einseitig sog. Punktationen, eine Art Checkliste für eine Eventualallianz mit einem mögl. Bündnispartner im Angriffsfall. Sowohl der dt. als auch der österr.-ungar. Generalstabschef liess ab 1907 zu versch. Malen anfragen, wie sich die Schweiz im Kriegsfall verhalten würde. Sprecher von Bernegg sicherte uneingeschränkte **Neutralität** zu und die Mobilisierung aller Kräfte gegen jeden Angreifer. Da die franz. Seite mit keinen vergleichbaren Anliegen an den schweiz. Generalstabschef herantrat, entstand bereits vor Kriegsausbruch eine neutralitätspolitisch heikle Einseitigkeit der Kontakte.

Autorin/Autor: Hans Rudolf Fuhrer

1.2 - Aktivdienst 1914-1918

Nach der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien am 28.7.1914 und der Generalmobilmachung Russlands am 30.7. stellte der Bundesrat am 31.7. die gesamte Armee auf Pikett und löste am 1.8. die allg. **Mobilmachung** der Armee aus. Zwischen dem 3. und dem 7.8. rückten ca. 220'000 Mann weitgehend reibungslos in den Aktivdienst ein. Am Abend des 3.8. trat die Vereinigte Bundesversammlung zusammen und erteilte dem Bundesrat unbeschränkte Vollmachten zur Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität des Landes (**Vollmachtenregime**). Sie wählte unter Druck des Bundesrats und nach anfänglich grossem Widerstand der Westschweizer Abgeordneten und der sozialdemokrat. Partei Ulrich Wille zum **General**. Am nächsten Tag wurde Sprecher von Bernegg zum Generalstabschef und Oberstdivisionär Friedrich Brügger zum Generaladjutanten ernannt.

Aufgrund der Kämpfe im Elsass ordnete der General am 11.8.1914 eine Konzentration der Truppen im Jura an. Schwächere Verbände übernahmen die Grenzbewachung der Süd- und Ostfront. Die operativen Schlüsselräume Mont-Vully-Jolimont, Olten-Hauenstein und Bellinzona wurden befestigt. Mit dem Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 wurden zusätzl. Verbände im Unterengadin, im Münstertal und an der Südgrenze konzentriert. Während der Kriegsjahre kam es zu rund 1'000 Grenzverletzungen, davon über 800 Verletzungen des Luftraums.

Das im Aug. 1914 bezogene und 1915 erweiterte Dispositiv wurde in den Grundzügen während des ganzen Krieges nicht mehr verändert, so dass der Topos der "Grenzbesetzung" entstand. Ab Sept. 1914, nachdem eine Entspannung an den Grenzen eingetreten war, wurde ein Ablösungsdienst eingerichtet, um der Landwirtschaft und der Wirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte wieder zur Verfügung zu stellen. Der Tiefststand an aufgebotenen Truppen wurde im Nov. 1916 mit 38'000 Mann erreicht. Gerüchte über einen möglichen franz. Stoss durch die Schweiz im Winter 1916-17 liessen die Bestände wieder auf über 100'000 Mann ansteigen. Bis Kriegsende sanken sie auf 12'500 Mann. Während des Landesstreiks im Nov. 1918 wurden die Bestände wieder auf einen Drittel des Effektivbestandes erhöht. Im Sommer 1919 forderten zahlreiche Streiks ein letztes Mal Truppenaufgebote für den **Ordnungsdienst**.

Während des Aktivdienstes erhielten die Truppen vorwiegend aus eigener Produktion das Gewehr und den Karabiner 11 (über 255'000 Stück), das Maschinengewehr 11 (1'600 Stück) sowie Handgranaten. Die Artillerie wurde unzureichend durch dt. 15-cm-Haubitzen und durch einige modernisierte alte franz. Kanonen ergänzt. Die Luftwaffe wurde auf fünf Geschwader ausgebaut und mit Flugzeugen schweiz. Bauart (Haefeli und Wild) ausgerüstet. Dübendorf wurde 1914 zum Militärflugplatz. Probleme der **Landesverteidigung** blieben die ungenügende Munitionsproduktion und die inexistente Panzerwaffe. Nicht besser war es mit dem Material bestellt. Die feldgrauen Uniformen waren erst Ende 1916 verteilt, der Stahlhelm ab Jan. 1918 verfügbar. Die 100'000 bis Kriegsende beschafften Gasmasken hätten nur Teile der Armee und der Bevölkerung geschützt.

Autorin/Autor: Hans Rudolf Fuhrer

1.3 - Militärische Gefährdung der Schweiz

Als der dt. Generalstab in den Jahren vor 1914 den sog. Schlieffen- bzw. Moltkeplan ausarbeitete, der eine Umfassung der franz. Armee vorsah, wurde in Erwägung gezogen, anstatt durch das neutrale Belgien durch die Schweiz zu marschieren. Er verwarf diesen Plan jedoch aus militärgeograf., operativen und polit.-kulturellen Gründen. Im Winter 1915-16 löste das franz. Oberkommando den Plan "H" (Hélie) nicht aus. Dieser hätte vorgesehen, südlich der im Abnutzungskampf erstarrten Front durch die Schweiz gegen Deutschland vorzugehen. Die gleichzeitige innenpolit. Krise durch die [Obersten-Affäre](#) hatte die Versuchung bei einzelnen Planern der Entente verstärkt. Der dt. Angriff auf Verdun 1916 und Joseph Joffres Entscheidung zur Sommeroffensive an der Somme verdrängten diese Angriffsoption. Das franz. Oberkommando suchte nun mehrere Male Kontakt zu Sprecher von Bernegg, um im Eventualfall eines dt. Angriffs durch die Schweiz besser vorbereitet zu sein.

Weder von Seiten Italiens, noch von Seiten Deutschlands oder Österreich-Ungarns sind bisher vergleichbare Planungen gefunden worden. Die amerikan. Drohungen zur militär. Intervention im Falle eines kommunist. Umsturzes im Nov. 1918 erübrigten sich nach dem raschen Ende des Landesstreiks und der Abwendung der polit. Destabilisierung der Schweiz.

Autorin/Autor: Hans Rudolf Fuhrer

1.4 - Lage der Soldaten

Der Aktivdienst stellte an die Soldaten und die Bevölkerung grosse Anforderungen. Durchschnittlich leisteten die Wehrmänner 500 Tage Dienst bei geringem Sold und fehlender Verdienstauffällentschädigung. Die prekäre Versorgungslage, die Verknappung und Verteuerung der Lebensmittel und Verbrauchsgüter, die sehr spät angesetzte Rationierung und die steigende Arbeitslosigkeit stürzten viele Wehrmänner und ihre Fam. in die Armut.

Der Führungsstil vieler Offiziere und Unteroffiziere führte bald zu einer verbreiteten Dienstverdrossenheit, da sie den Dienstbetrieb nur selten menschenorientiert, aufgabenbezogen und situationsgerecht gestalteten. Ein häufiger Grund der Unzufriedenheit bildete die Ausbildungsmethode des Drills. Die Militärjustiz urteilte in über 21'000 Fällen. Während des Aktivdienstes kamen rund 4'200 Soldaten durch Unfälle und Krankheiten ums Leben. Die [Grippe](#) forderte bei Kriegsende das Leben von rund 3'000 Wehrmännern.

Die Armee leistete Millionen von Arbeitsstunden zugunsten der Zivilbevölkerung (Strassenbau, Hilfe bei Feldarbeiten, Legen von Telefonverbindungen, Katastrophenhilfe usw.). Der Vortragsdienst der Armee organisierte Unterhaltungs- und Informationsanlässe aller Art. Hanns In der Gand und andere förderten das Soldatenlied, und die Militärspiele bildeten oft die Brücke zwischen Bevölkerung und Armee. Eine neu geschaffene Militärbibliothek verlieh Bücher, und mehr als 1'000 Soldatenstuben und einige Soldatenhäuser, von Frauen und vom Christl. Verein Junger Männer geführt, halfen den Soldaten, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Autorin/Autor: Hans Rudolf Fuhrer

2 - Aussenpolitik

Die am 4.8.1914 abgegebene Neutralitätserklärung der Schweiz wurde am 8. von Frankreich, am 9. von Grossbritannien, am 17. von Österreich-Ungarn und am 18. August von Deutschland anerkannt. Italien folgte im September. Frankreich und Grossbritannien waren am meisten beunruhigt, ja gar misstrauisch in Bezug auf den Willen der Schweiz, ihre Neutralität zu verteidigen. Die Frage Nordsavoyens erwies sich als heikel, insbesondere als Italien 1915 in den Krieg eintrat, doch die Schweiz verzichtete auf ihr Recht, dieses Territorium zur Verteidigung ihrer Neutralität zu besetzen ([Freizonen](#)).

Obwohl die Krieg führenden Nationen die Neutralität der Schweiz anerkannten, wurde das Land allmählich in den [Wirtschaftskrieg](#), den sich die beiden Lager lieferten, hineingezogen. Die Aussenpolitik der Eidgenossenschaft bekam dadurch eine starke wirtschaftl. Komponente, die ihre Diplomaten beständig in Anspruch nahm. Solange das Polit. Departement (heute EDA) von Arthur Hoffmann geleitet wurde (1914-Juni 1917), umfasste es die Handelsabteilung mit der Treuhandstelle Zürich, die dem Industriellen Ernst Schmidheiny unterstand und den grundsätzlich auf Kompensationsbasis beruhenden Handel mit den Mittelmächten überwachte. Hoffmann war es auch, der seitens der Schweiz die von den Alliierten durchgesetzten Verhandlungen überwachte, die im Okt. 1915 zur Entstehung der [Société suisse de surveillance économique](#) führten, welche die wirtschaftl. Unabhängigkeit des Landes einschränkte. 1918 erreichte Deutschland die Bildung eines nach dem gleichen Muster konzipierten Kontrollorgans. Die Treuhandstelle Zürich wurde so in die [Schweizerische Treuhandstelle für Überwachung des Warenverkehrs](#) umgewandelt. Als Gustave Ador im Juni 1917 das Polit. Departement übernahm, wurde die Handelsabteilung dem von Edmund Schulthess geleiteten Volkswirtschaftsdepartement angegliedert. Ador blieb allerdings nur kurz an der Spitze des Polit. Departements; bereits im Jan. 1918 wurde er durch Felix Calonder ersetzt.

Hoffmann war überzeugt, dass die neutrale Schweiz eine vermittelnde Mission zu erfüllen hatte, und er wurde in dieser Ansicht durch zahlreiche Petitionen aus der Bevölkerung bestärkt. Doch bis 1916 operierte er mit grosser Vorsicht. Ein erster Vorstoss für ein gemeinsames Vorgehen zugunsten des Friedens, den er im Nov. 1914 diskret beim amerikan. Präsidenten Woodrow Wilson unternahm, erachtete dieser als verfrüht. Am 22.12.1916, am Tag nach Wilsons Friedensinitiative, sandte Hoffmann mit dem Einverständnis des Bundesrats den Krieg führenden Mächten eine den Vorschlag des Präsidenten unterstützende diplomat. Note, die von den Alliierten eher kühl aufgenommen wurde. Im Febr. 1917, nach dem Abbruch der diplomat. Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, ergriff der Schweizer Gesandte in Washington, Paul Ritter, persönlich die Initiative und schlug eine Vermittlung vor, um den Krieg zwischen den beiden Mächten zu vermeiden. Diese Demarche wurde von den Alliierten als Einmischung zugunsten des feindl. Lagers aufgefasst und schadete dem Ruf der Schweiz in den Vereinigten Staaten, was Bern dazu bewog, Ritter im Juni 1917 von seinem Posten abzurufen. Nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg im April 1917 weitete die Schweiz ihre Rolle als Schutzmacht aus und übernahm die Vertretung der Interessen mehrerer Krieg führender Länder, insbesondere jene Deutschlands, die bis dahin die amerikan. Diplomatie wahrgenommen hatte. Durch die Entsendung eines neuen Vertreters nach Washington, des Industriellen Hans Sulzer, der von einer Delegation einschliesslich des Historikers William Emmanuel Rappard begleitet wurde, konnte das Ansehen der Schweiz ab Juli 1917 verbessert werden, v.a. dank der direkten Kontakte mit Wilson. Die von Bern erhofften konkreten Ergebnisse, insbesondere die für die Ernährung der Bevölkerung lebensnotwendigen Getreidelieferungen, liessen allerdings bis 1918 auf sich warten.

Die Bemühungen um einen Sonderfrieden zwischen Russland (sozialist. Kerenski-Regierung) und Deutschland gehören ebenfalls zum Kontext der Friedensvermittlung, doch zwang die daraus entstehende [Grimm-Hoffmann-Affäre](#) im Juni 1917 den Vorsteher des Polit. Departements zum Rücktritt. Aus einer Lagebeurteilung heraus, welche die Wirkung des amerikan. Kriegseintritts unterschätzte und den Sieg Deutschlands wahrscheinlich machte, hatte Hoffmann vermutlich versucht, die Dauer des Kriegs abzukürzen und damit die wirtschaftl. und psycholog. Schwierigkeiten der Schweiz zu verringern.

Nach der russ. Oktoberrevolution von 1917 erkannte der Bundesrat das bolschewist. Regime zwar nicht an (nur Deutschland tat dies), bewilligte jedoch im Mai 1918 die Errichtung einer Gesandtschaft in Bern, da de facto diplomat. Beziehungen bestanden. Anfang Nov. 1918 wurden die Alliierten, die darin ein revolutionäres Propagandazentrum für Westeuropa sahen, in dieser Sache beim Bundesrat vorstellig. Nachdem dieser auch von Seiten der Öffentlichkeit und Adors, der mehr Standhaftigkeit forderte, unter Druck geraten war, beschied der Bundesrat am 8. November der sowjet. Gesandtschaft, dass er die Beziehungen zu ihr abbreche. Der sowjet. Gesandte Jean Berzine und seine Mitarbeiter mussten am 12. November, als der Waffenstillstand von Compiègne am 11.11.1918 dem Krieg ein Ende gesetzt hatte und gerade der Landesstreik ausbrach, die Schweiz verlassen.

Ador hatte seinen Kollegen die Bestellung einer Expertenkommission vorgeschlagen, die Überlegungen zur Nachkriegszeit und zur Neuausrichtung der schweiz. Aussenpolitik anstellen sollte. Sein Nachfolger, Felix Calonder, übernahm im Jan. 1918 die Initiative des Genfers und gab ihr zusätzlich Gewicht, indem er den jurist. Berater des Polit. Departements, Prof. Max Huber, bezog. Im Juni 1918 bezog Calonder vor dem Nationalrat überzeugend Stellung für die Beteiligung der Schweiz am zukünftigen Völkerbund; seine Rede wurde auch im Ausland beachtet. Ausgehend vom Text Hubers arbeitete eine ausserparlamentar. Kommission in Territet (Gem. Montreux) ab Nov. 1918 für den zukünftigen Völkerbund einen Paktentwurf aus, der am 11.2.1919 vom Bundesrat gutgeheissen wurde. Der Vorschlag, der allen Teilnehmerstaaten der Pariser Friedenskonferenz zugestellt wurde, kam aber zu spät, um noch irgendeinen Einfluss auf den Völkerbundsvertrag ausüben zu können. Die Präsenz der Neutralen und somit auch der Schweiz an der Friedenskonferenz wurde darauf heftig diskutiert ([Vertrag von Versailles](#)).

Autorin/Autor: Mauro Cerutti / AHB

3 - Innenpolitik

Die schweiz. Geschichtsschreibung hat den "Graben", der im Ersten W. zwischen Deutsch- und Westschweizern aufbrach, ausführlich beschrieben. Ihr Befund beruht hauptsächlich auf der Untersuchung der Presse, aber bis anhin hat keine Studie versucht, den Verlauf und die Verbreitung dieser Spaltung innerhalb der Bevölkerung zu erforschen. Schon vor 1914 hatte ein Teil des deutschsprachigen Bürgertums eine gewisse Faszination für das Reich Wilhelms II. gezeigt. Der Kaiser war bei seinem Besuch 1912 mit Begeisterung empfangen worden. Die Ratifizierung des [Gotthardvertrags](#) durch die eidg. Räte 1913 war der Westschweiz wie eine Konzession gegenüber Deutschland erschienen. Die innere Zerrissenheit während der Kriegszeit gründete auch im sozialen Graben, der durch die Dauer des Konflikts noch verstärkt wurde, sowie in der Opposition der Sozialdemokraten gegenüber der Regierung und der Armeeführung.

Am 3.8.1914 erteilte die Vereinigte Bundesversammlung dem Bundesrat beinahe einstimmig unbeschränkte Vollmachten, und trotz des Widerstands der welschen Volksvertreter und der Sozialdemokraten wurde der deutschfreundl. Ulrich Wille zum General gewählt. Die Verletzung der belg. Neutralität durch die dt. Armee am 4. August machte die Gegensätze offensichtlich: Während die Westschweizer Presse den Einmarsch in Belgien heftig verurteilte, blieben die Deutschweizer Zeitungen - mit Ausnahme der sozialdemokratischen - still oder versuchten, den dt. Angriff zu rechtfertigen. Am 1.10.1914 erachtete es der Bundesrat für notwendig, die Bevölkerung zum nationalen Zusammenhalt aufzurufen. Am 14. Dezember hielt der Schriftsteller Carl Spitteler vor der Gruppe Zürich der [Neuen Helvetischen Gesellschaft](#) seine Rede "Unser Schweizer Standpunkt", in welcher er für einen Brückenschlag zwischen der Deutsch- und der Westschweiz eintrat. Die [Zensur](#) der Presse, die der Bundesrat im Sept. 1914 aufgrund seiner Vollmachten erliess und der Armee anvertraute, wurde im Juni 1915 von den welschen und den sozialdemokrat. Nationalräten heftig angegriffen, was die Regierung im Juli 1915 dazu bewog, eine gemischte Kontrollkommission, in der auch Journalisten vertreten waren, mit der polit. Zensur zu betrauen.

Im Jan. 1916 brach mit der [Obersten-Affäre](#) eine schwere Krise auf nationaler Ebene aus. Westschweizer Politiker wie der leitende Redaktor der "Gazette de Lausanne", Edouard Secretan, sowie die Genfer Abgeordneten Frédéric Jules De Rabours und Marcel Guinand spielten in der Veröffentlichung und der Zuspitzung der Affäre eine zentrale Rolle. Mehrere Protestkundgebungen fanden statt, insbesondere in Genf und in Lausanne, wo am 27. Januar die Reichsfahne vor dem dt. Konsulat heruntergerissen wurde. Der Freispruch des Militärgerichts für die Obersten Karl Egli und Friedrich Moritz von Wattenwyl - sie erhielten nur eine Disziplinarstrafe - rief in der Westschweizer und der sozialdemokrat. Presse erneut Empörung hervor. Im Tessin, wo die öffentl. Meinung überwiegend auf Seiten der Entente war, rief die vom sehr italophilen Emilio Bossi geleitete "Gazetta ticinese" die Bevölkerung auf, "die Händler aus dem Tempel zu vertreiben", was dem Autor des Artikels eine Verurteilung zu einem Monat Gefängnis eintrug.

Im Juni 1917 liess die Grimm-Hoffmann-Affäre die bestehenden Gegensätze ein weiteres Mal aufscheinen, als

sich die welsche Öffentlichkeit lautstark über den Vorsteher des Polit. Departements empörte. Dank der sofortigen Demission Hoffmanns, der von seinen Kollegen nicht gestützt wurde, nahm die heftige Krise - in Genf kam es zu einer Demonstration von mehr als 15'000 Personen - ein rasches Ende. Die Wahl des Genfers Ador, Präs. des IKRK und offenen Sympathisanten der Entente, in den Bundesrat, in dem er die Leitung des Polit. Departements übernahm, stellte die Westschweizer Bevölkerung zufrieden. Sie kam so zu einem zweiten frankophonen Bundesrat, was wiederum die Regierungen der Alliierten beruhigte.

1914 und 1917 wählten die Stimmbürger ihre Vertreter in die eidg. Räte. Im Okt. 1914 entsandten sie in den Nationalrat 19 Sozialdemokraten, drei Mitglieder der sozialpolit. Gruppe, 111 Freisinnige, 14 Liberale, 38 Konservative und vier Parteilose; in den Ständerat einen Sozialdemokraten, ein Mitglied der sozialpolit. Gruppe, 25 Freisinnige, einen Liberalen und 16 Konservative. Drei Jahre später wirkte sich die gespannte wirtschaftl. und soziale Lage zugunsten eines leichten Gewinns der Linken aus (22 Sozialdemokraten und vier Mitglieder der sozialpolit. Gruppe), doch wegen des Majorzsystems wurde sie um mehrere Sitze gebracht. Die 1913 von den Sozialdemokraten eingereichte Initiative zur Einführung der Proporzwahl für die Bestellung des Nationalrats, die vom Bundesrat eingefroren und von beiden Räten im Juni 1918 verworfen wurde, fand im Okt. 1918 die Zustimmung von Volk und Kantonen, während ein früherer Anlauf 1910 noch gescheitert war ([Wahlssysteme](#)).

Was die finanzielle Lage betraf, so bestanden die Einkünfte des Bundes 1914 zu 85% aus Zolleinnahmen. 1916 sank dieser Richtwert auf 52%, 1917 auf 31%, 1918 auf 18%, bevor er 1919 wieder auf 24% anstieg. Es mussten daher neue Einnahmequellen gefunden werden, wobei Bund (912 Mio. Fr.), Kanton und Gemeinden die Anleihe bevorzugten. Ende 1918 erreichte das Staatsdefizit 1,5 Mrd. Fr. (1913 gab der Bund ca. 110 Mio. Fr. aus), der Fehlbetrag der Kantone und der Gemeinden mehr als 0,5 Mrd. Fr. Die Gesamtverschuldung belief sich auf über 5,5 Mrd. Fr. Neue Steuereinnahmen waren nötig: Im Juni 1915 stimmten die Stimmbürger der Einführung einer Kriegssteuer auf Vermögen und Einkommen und im Mai 1917 der [Stempelsteuer](#) zu. Ab 1916 erhob der Bund die Kriegssteuer und nahm damit 1916 56 Mio. Fr., 1917 30 Mio. Fr. und 1918 10 Mio. Fr. ein. Die 1917 eingeführte [Kriegsgewinnsteuer](#) warf 1917 85 Mio. Fr., 1918 169 Mio. Fr. und 1919 191 Mio. Fr. ab, die ab 1918 erhobene Stempelsteuer brachte im gleichen Jahr 9 Mio. Fr. ein. Das Prinzip einer [direkten Bundessteuer](#) lehnten die Schweizer Stimmbürger jedoch im Juni 1918 ab.

Die Sozialdemokraten, die im Aug. 1914 der Erteilung der unbeschränkten Vollmachten an den Bundesrat zugestimmt hatten, organisierten mehrere internat. Konferenzen: im Sept. 1914 in Lugano (mit den Italienern), 1915 in Zimmerwald ([Zimmerwalder Bewegung](#)) und 1916 in Kiental ([Kientaler Konferenz](#)). Diese Treffen waren ein Versuch, die Einheit der zwischen revolutionärer und gemässigter Ausrichtung gespaltenen [Internationale](#) zu retten. Der Aarauer Parteitag vom Nov. 1915 desavouierte die Mehrheit der Parteileitung und stimmte den Zimmerwalder Beschlüssen deutlich zu. Die FDP verlor ihre Wähler in der Arbeiterschaft; von 1917 an musste sie im Zusammenhang mit der Entstehung der Bauernorganisationen auch eine Erosion am rechten Rand ihrer Partei hinnehmen. Nach den Wahlen von 1919, bei denen 41 Vertreter der SP in den Nationalrat gekommen waren, bildete sich der sog. Bürgerblock (FDP, CVP und BGB).

Autorin/Autor: Mauro Cerutti / AHB

4 - Wirtschaft

Der Ausbruch des Ersten W.es brachte blühende Erwerbszweige wie den Tourismus und den Handel mit Russland zum Erliegen. Dennoch gelang es der Schweizer Wirtschaft aus ihren Trümpfen Kapital zu schlagen, obwohl sie von Importen (Rohstoffe und Getreide) abhängig war, ihr Gedeihen dem Export verdankte und sie nicht auf einen langen Konflikt vorbereitet war. Von Deutschland, das schweiz. Produkte benötigte, erhielt die Schweiz weiterhin Kohle und andere Rohstoffe. Indem die Schweizer Wirtschaftsführer ihre Transaktionen geheim hielten und geschickt die Rivalitäten zwischen der Entente und den Mittelmächten ausnutzten, ergriffen sie von den ersten Kriegsmonaten an die Möglichkeiten, die sich auf den Aussenmärkten eröffneten. Die Produktion von Munition, Aluminium, Kupfer, Zement und anderen Gütern, die von den Krieg führenden

Mächte nachgefragt wurden, erfuhr einen beachtl. Aufschwung. Bei den Importen ging der Anteil aus Europa zurück, während die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten (Kohle, Baumwolle, Getreide, Zucker) zunahmen.

Im Verlaufe des Konflikts gingen die Berufsverbände, v.a. der Vorort, der Schweiz. Bauernverband und die Bankenorganisationen, eine enge Zusammenarbeit mit den polit. Behörden ein, die ihnen gewisse öffentl. Aufgaben übertrugen. So übte der Präs. des Vororts, Alfred Frey, im 1. Viertel des Jahrhunderts einen wesentl. Einfluss aus. Industrielle wie Ernst Schmidheiny in Berlin und Hans Sulzer in Washington hatten hohe diplomat. Funktionen inne. Einige, die man als "Kriegsgewinnler" bezeichnete, häuften beachtl. Vermögen an. Trotz seiner Vollmachten liess der Bundesrat eine gewisse Zeit verstreichen, bis er in die Wirtschaft eingriff und die Organisation der **Kriegswirtschaft**, die rudimentär blieb, an die Hand nahm. Der Kampf gegen Spekulation und Hamsterei, zahlreiche Hilfsaktionen sowie die Rationierung der Lebensmittel (**Wirtschaftliche Landesversorgung**) genügten jedoch nicht, um eine soziale Krise zu verhindern, die mit der Preissteigerung (Anstieg des Detailpreisindex von 100 im Jahr 1914 auf 230 im Jahr 1918) und der Inflation zusammenhing (Verdoppelung der Preise zwischen 1914 und 1918).

Der Erste W. zog Umwälzungen grossen Ausmasses nach sich. Wirtschaftszweige wie die Textilindustrie erreichten nicht mehr den Stand, den sie vor 1914 hatten. Andere dagegen, die Metall verarbeitende, die pharmazeutische, die chemische und die Maschinenindustrie, aber auch die Banken und die Versicherungen wurden zu treibenden Kräften der Wirtschaft. Die Uhrenindustrie behielt ihren Platz. Da sie fast die gesamte Produktion exportierte, passte sie sich der Nachfrage aus dem Ausland an (z.B. Schaltuhren). Der Finanzplatz ging gestärkt aus dem Ersten W. hervor: Die schweiz. Geldinstitute, die vor 1914 von den ausländ. Partnern abhängig waren, gewannen an Solidität und erzielten Margen, die es ihnen erlaubten, gegenüber ihren Konkurrenten unabhängig zu werden und im Rahmen der Reorganisation der Weltwirtschaft Teile des Marktes an sich zu ziehen.

Während es der Regierung gelang, die polit. und territoriale Neutralität aufrechtzuerhalten, war ihr dies in der Wirtschaftspolitik nicht möglich, da der schweiz. Aussenhandel ab 1915 von den Krieg führenden Staaten streng kontrolliert wurde. Diese Situation veranlasste den Historiker Roland Ruffieux, von "wirtschaftl. Versklavung" zu sprechen.

Autorin/Autor: Marc Perrenoud / AHB

5 - Soziales

Die Schweizer Behörden waren auf den Krieg weder wirtschafts- noch sozialpolitisch zureichend vorbereitet. Auch als sich eine lange Kriegsdauer abzuzeichnen begann, blieben die getroffenen Massnahmen ungenügend. Die ab 1917 schrittweise eingeführte **Rationierung** der Grundnahrungsmittel blieb zu wenig wirksam, ebenso die Notstandsaktionen von Kantonen und Gem. (Notküchen, Abgabe von verbilligten Lebensmitteln und Brennstoff). Die durch Güterknappheit und Devisenzuflüsse verursachte **Inflation** wurde nicht bekämpft. Auf Eingaben von Vertretern der Arbeiterschaft gingen die Behörden nicht oder nur zögernd ein. Stattdessen setzte man auf gemeinnützige Institutionen wie den Schweiz. Gemeinnützigen Frauenverein oder den Frauenverein Soldatenwohl (heute SV-Service), in denen sich bürgerl. Frauen - der Rollennorm entsprechend - u.a. mit Suppenküchen, Soldatenstuben und Wäschereien in den Dienst der Öffentlichkeit stellten. Ausserdem zählte man auf Selbsthilfeaktionen der Arbeiterorganisationen oder die Unterstützung durch die Betriebe. Umgekehrt hob der Bundesrat aufgrund der ihm übertragenen Vollmachten 1914 sofort zentrale Bestimmungen des Fabrikgesetzes zu Lasten der Arbeiterschaft auf, und die Versammlungsfreiheit wurde laufend eingeschränkt.

Die Kosten hatte die lohnabhängige Bevölkerung, Arbeiter wie Angestellte, in den städt. und halbstädt. Industriezentren zu bezahlen. Bereits bei Kriegsausbruch zeigten sich die Folgen der fehlenden sozialpolit. Massnahmen, als viele Unternehmer wegen stockender Rohstofflieferungen, der Rückkehr der ausländ. und der Mobilisierung der schweiz. Arbeitskräfte die Produktion einstellten oder Lohnkürzungen vornahmen und sich die Lebensmittel verteuerten. Zwar kamen versch. Industriezweige dank der Belieferung des

Inlandmarktes wie der Krieg führenden Staaten bald wieder in Schwung, und die Nettolöhne stiegen in gewissen Branchen aufgrund von mangelnden Arbeitskräften oder Streiks. Wegen der Teuerung fielen aber die Reallöhne bis 1918 um 25-30%. Die Baisse im Baugewerbe führte in den Städten zudem zu steigenden Mieten und Wohnungsnot. Die Lebenshaltungskosten (Nahrungsmittel, Brennstoff, Miete) vergrösserten sich um 130%, in den Städten um 150%. Die Geburtenrate sank von 22,4‰ im Jahr 1914 auf 18,5‰ im Jahr 1917, was einer Stagnation der Bevölkerungsentwicklung gleichkam. 1918 bezog ein Sechstel der Schweizer Bevölkerung Notstandsunterstützung, in den grossen Städten etwa ein Viertel. Die im Juli 1918 ausbrechende sog. Spanische Grippe nahm in der Bevölkerung epidem. Ausmasse an. Von den mangelhaften staatl. Eingriffen profitierten neben den Zwischenhändlern und Spekulanten die Kapitaleigner der Nahrungsmittel-, Metall-, Maschinen-, Uhren- und Textilindustrie sowie der Chemiebranche mit jährlich steigenden Reingewinnen und teils hohen Dividenden. Zu den Gewinnern gehörten auch die Bauern, deren Einkommen und Reinerträge sich insgesamt deutlich erhöhten und denen es spätestens vom dritten Kriegsjahr an materiell gut ging.

Ab 1916 trat die wachsende soziale Ungleichheit in den Vordergrund. Der sog. Burgfriede, das bei Kriegsausbruch abgeschlossene Stillhalteabkommen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, zerbrach. Die Betroffenen traten mit Protestkundgebungen an die Öffentlichkeit, 1917 und 1918 demonstrierten sozialdemokrat. Frauen gegen Hunger und Teuerung, die Mitgliederbestände von Gewerkschaften, Angestelltenverbänden und der SP wuchsen markant an, ab 1917 nahmen Streiks massiv zu und im Okt. 1918 streikten in Zürich erstmals auch die Angestellten.

Der politischen entsprach eine ideolog. Radikalisierung, die auf der erfahrbaren Klassengesellschaft basierte und die v.a. eine junge Generation (Jungsozialisten, Altkommunisten) unter Bezug auf die Russische Revolution 1917 propagandistisch unterstützte. Dagegen lehnten Bürgertum und Bauernschaft die sozialist. und bolschewist. Forderungen und Ziele ab, hinter denen sie den Einfluss ausländ. Drahtzieher sahen. Die Spannungen entluden sich im Nov. 1918 im Landesstreik. Aus ihm ging der sog. Bürgerblock (Freisinn, Katholisch-Konservative, Bauern) mit Unterstützung von ländl. Armeeeinheiten und Bürgerwehren als Sieger hervor.

Autorin/Autor: Markus Bürgi

6 - Kultur

Der Erste W. akzentuierte zahlreiche Gegensätze in der Schweizer Kultur. Dies wurde v.a. an den in der Öffentlichkeit ausgetragenen polit. und ideolog. Auseinandersetzungen sichtbar. Während sich die Linke antimilitarist., sozialist. und bolschewist. Positionen annäherte, verstärkte sich in rechtsbürgerl. und bäuerl. Kreisen eine antisozialist. und antimodernist. Abwehrideologie mit fremdenfeindl. und antisemit. Elementen, die Kritik an der städt. Lebensweise und der Überindustrialisierung wie am Internationalismus und Kosmopolitismus übte.

Insgesamt stand die Kultur während des Ersten W.s, wie schon vor 1914, im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne, was zu zahlreichen Polarisierungen führte. Dies zeigte sich exemplarisch bei der Kontroverse um Ferdinand Hodlers Werke oder bei den kulturpolit. Debatten um die sog. helvetische Neukunst vor und während der [Landesausstellung](#) 1914 in Bern. Hodler fand zwar 1917 mit der Ausstellung in Zürich Anerkennung als Schweizer Maler, doch sahen sich jene Kollegen, die als Vertreter der Moderne zum Teil internat. Bedeutung erlangen sollten (z.B. Cuno Amiet, Johannes Itten, Paul Klee), weiterhin einer konservativen Kulturkritik ausgesetzt. Häufig ging die Ablehnung dieser liberalen Prinzipien einher mit einem antidemokrat. Ästhetizismus, der sich an den einzigartigen künstler. Persönlichkeiten (Genies) orientierte und diese als Überwindung der allgemeinen gesellschaftl. Mittelmässigkeit betrachtete. Gonzague de Reynold und Robert de Traz waren zwei herausragende Vertreter dieser "reaktionären Avantgarde" (Hans-Ulrich Jost).

Mit dem Kriegsausbruch wurde die neutrale Schweiz für zahlreiche Politiker, Künstler, Antimilitaristen, Pazifisten und Refraktäre zum Fluchtziel, wovon die Schweizer Kultur stark profitierte; Zentren waren Zürich,

Genf und Bern. Bedeutend wurde die pazifist. Publizistik. Der Zürcher Verleger Max Rascher veröffentlichte pazifist. und antimilitarist. Belletristik, Erlebnisberichte und Sachbücher, u.a. von Carl Spitteler, Paul Seippel und Vertretern der Heimatkunst. Pazifisten und Kriegsgegner in Genf hatten ihren bedeutendsten Vertreter in Romain Rolland. Henri Guilbeaux, der sich den Bolschewiki annäherte, gab die Zeitschrift "Demain" heraus, die die Linke der Romandie beeinflusste. Der pazifist. Typograf Claude Le Maguet verlegte 1916-19 die Monatszeitung "Les Tablettes" und der Genfer Journalist Jean Debrit 1917-20 das pazifist. Tagesbulletin "La Feuille", für das Frans Masereel bis 1918 fast täglich eine Illustration gegen den Krieg schuf. In Bern gab der Elsässer René Schickelé ab 1917 die Zeitschrift "Die weissen Blätter" heraus. Hier erschien 1917-20 die "Freie Zeitung", an welcher der 1917 aus Zürich übersiedelte Hugo Ball zum wichtigen Mitarbeiter wurde, und 1917 auch Ludwig Rubiners "Zeit-Echo".

Die radikalste Kritik am Krieg und an der bürgerl. Welt kam von zwei unterschiedl. Seiten: Die Bolschewiki um Lenin, die sich 1914 nach der Schweiz wandten und sich bis 1917 in Bern, Zürich und Genf aufhielten, bereiteten sich, ohne in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erregen, theoretisch und organisatorisch auf die Russ. Revolution vor, die aus dem nach ihrer Auffassung imperialist. Krieg hervorgehen musste und den Beginn der Weltrevolution bedeutete. Nach der Russ. Revolution verlegte der Promachos-Verlag der Brüder Hans und Fritz Jordi in Belp ihre aktuellen Schriften. Eine ebenso radikale Kritik an den jede Vorstellung übersteigenden Zerstörungen des Ersten W.s äusserte die 1915 in Emigrantenkreisen in Zürich entstandene Bewegung **Dada**. 1916 reagierten ihre Vertreter im Cabaret Voltaire auf den Zusammenbruch der bürgerl. Welt mit literar., musikal., tänzer. Formen, die mit ihrer Negierung jeder Konvention ebenso provozierten wie sie sich jeder Vereinnahmung verweigerten. Nach dem Krieg fand Dada in Genf eine kurzlebige Fortsetzung.

Autorin/Autor: Markus Bürgi

7 - Das Ende einer Welt

In mehreren Sprachen, nicht aber im Deutschen, wird der Erste W. wegen des Ausmasses seiner Folgen der "Grosse Krieg" genannt. Die Schrecken des Stellungs- und Grabenkriegs lösten bei den Überlebenden den Gedanken aus, dass sie die "Letzten der Letzten" (franz. *der des ders*) seien. Mit dem Ersten W. begann der Niedergang Europas, das die Welt bis 1914 dominiert hatte. Der engl. Historiker Eric J. Hobsbawm bezeichnete ihn als das Ende des bürgerl. Zeitalters und als Beginn einer langen Krise, die er 1989 mit dem Niedergang des Kommunismus als beendet ansah.

Auch für die Schweiz stand der Erste W. am Anfang versch. wichtiger Veränderungen, besonders in der Politik und der Wirtschaft. Die Erfahrungen von 1914-18 wurden auf polit. und finanzieller Ebene berücksichtigt. Die Friedensverträge veränderten die Nachbarschaft nur insofern, als das Elsass wieder zu Frankreich und das nunmehr Alto Adige genannte Südtirol zu Italien gelangten. Die Grenzen, die vor 1914 weitgehend offen waren (man reiste ohne Pass in Westeuropa), wurden nach 1918 undurchlässiger, und die Schweiz der Zwischenkriegszeit war wenig gastfreundlich zu Ausländern. Das Konzept der immerwährenden Neutralität wurde durch den Konflikt für Jahrzehnte gefestigt, auch wenn die Schweiz beim Beitritt zum Völkerbund zwischenzeitlich für die differentielle Neutralität eintrat. Im Gegensatz zu den Krieg führenden Staaten hatte sie keine Opfergeneration, die zum Thema vieler Schriftsteller und Künstler wurde. Im Wissen darum, verschont worden zu sein, wurde sie trotzdem durch diese vier Jahre geprägt, die Meinrad Inglin in seinem Roman "Der Schweizer Spiegel" (1938) beschrieb.

Autorin/Autor: Redaktion / ASCH

Quellen und Literatur

Quellen

- U. Wille, *Ber. an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1914/18*, 1919
- H.R. Kurz, *Dokumente der Grenzbesetzung 1914-1918*, 1970
- *DDS 6, 7/1*

Literatur

- Allgemeines

- Mit Ausnahme der Militär- und der Sozialgeschichte (Landesstreik), die durch die Studien von Hans Rapold, Hans Rudolf Fuhrer und Willi Gautschi gut abgedeckt sind, existieren über die wirtschaftl., polit. und kulturelle Situation der Schweiz während des Ersten W.s kaum Untersuchungen. Das bereits 1920 fertiggestellte, aber erst 1928 publizierte Werk von Jakob Ruchti und der Artikel im "Hist.-Biograph. Lexikon der Schweiz", der 1926 auf Französisch und 1934 auf Deutsch erschien, sind die beiden einzigen Synthesen.
- J. Ruchti, *Gesch. der Schweiz während des W.s 1914-1919*, 1928
- HBL 7, 471-480
- R. Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, 1974, 9-48
- HbSG 2, 1125-1143
- *Gesch. der Schweiz und der Schweizer*, ³2004, 731-740

- Militärische Lage

- B. Lezzi, *1914: General Ulrich Wille und die Kriegsbereitschaft der schweiz. Armee*, 1975
- *Generalstab* 5
- D.M. Frey, *Vor der Revolution? Der Ordnungsdienst-Einsatz der Armee während des Landesstreiks in Zürich*, 1998
- H.R. Fuhrer, *Die Schweizer Armee im Ersten W.*, 1999 (²2001)

- Aussenpolitik

- Bonjour, *Neutralität* 2
- P. Luciri, *Le prix de la neutralité*, 1976
- J.-F. Tiercy, «Les tentatives de médiation suisses pendant la première guerre mondiale», in *Relations internationales* 30, 1982, 125-140
- A. Fleury, «La politique étrangère de la Suisse et la "Nouvelle Diplomatie"», in *Itinera* 7, 1987, 54-75
- M. Mittler, *Der Weg zum Ersten W.: wie neutral war die Schweiz?*, 2003

- Innenpolitik

- J. Schoch, *Die Oberstenaffäre*, 1972
- P. Du Bois, «Mythe et réalité du fossé pendant la Première Guerre mondiale», in *Union et division des Suisses*, 1983, 65-91
- Y. Collart, «L'affaire Grimm-Hoffmann et l'entrée de Gustave Ador au Conseil fédéral», in *Gustave Ador*, 1996, 277-294
- A. Clavien, *Histoire de la Gazette de Lausanne*, 1997, 283-319

- Wirtschaft

- S. Guex, *La politique monétaire et financière de la Confédération suisse 1900-1920*, 1993
- M. Mazbouri, «Capital financier et politique extérieure à la fin de la Première Guerre mondiale», in *Les relations internationales et la Suisse*, hg. von J.-C. Favez, 1998, 45-70
- *Schweizer Unternehmen im Ersten W.*, hg. von R. Rossfeld, T. Straumann, 2008

- Soziales

- M. König, *Die Angestellten zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung*, 1984
- W. Gautschi, *Der Landesstreik 1918*, ²1988
- W. Baumann, *Bauernstand und Bürgerblock*, 1993

- *Die neue Schweiz?*, hg. von A. Ernest, E. Wigger, 1996
- Kultur
 - G. Huonker, *Literaturszene Zürich*, 1985
 - "*Der sanfte Trug des Berner Milieus*", hg. von H.C. von Tavel, 1988
 - H.U. Jost, *Die reaktionäre Avantgarde*, 1992
 - M. Bosch, *Bohème am Bodensee*, 1997
 - N. Billeter, "*Worte machen gegen die Schändung des Geistes!*", 2005